

22.01.1900 – 115. Geburtstag von Ernst Busch (Barrikadentauber), Volksschauspieler – und Sänger
27.01.1945 – 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee. Sie fand noch ca. 7000 kranke Häftlinge vor.
04.02.1990 – der Parteivorstand der SED-PDS beschloss vor 25 Jahren, nur noch den Namen PDS zu führen (PDS – Partei des demokratischen Sozialismus)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle

20. Januar 2015

„Das wird man doch noch sagen dürfen“

Gedanken zum neuen Jahr

Zunehmend mehr in Unordnung geraten sei die Welt, sagen viele im Rückblick auf das vergangene Jahr. Der Konflikt um die Ukraine hat deutlich gemacht, dass der Frieden in Europa fragil ist. Die Konflikte auf dieser Welt, insbesondere der Nahostkonflikt, sind näher gerückt an Europa. Immer mehr Menschen, die vor Krieg, Hunger und Elend fliehen, suchen Schutz und Lebensperspektive in Europa, hier in Deutschland, in Sachsen-Anhalt und auch hier in Halle.

In Deutschland tobt die Konjunktur, Neoliberale klopfen sich auf die Schulter und loben HARTZIV und den Abbau von Sozialstandards als Garant künftiger Profite. Die „schwarze Null“ ist zum Heiligtum der Politik geworden. Bund, Länder und Kommunen werden nicht mehr daran gemessen, wie sie die Lebensbedingungen ihrer Bürger gestalten, sondern an Nullen im Haushalt. Geschlossene Schwimmbäder, kaputtgeschrumpfte Theater, Unterrichtsausfall an Schulen wegen fehlender Lehrer oder kaputte Straßen gelten als Ausdruck beflissener Sparsamkeit und nicht als Anzeichen vom Versagen der Politik. Tausende Menschen in unserer Stadt, Millionen in Deutschland gehen arbeiten und zum Amt, weil sie von ihrer Arbeit allein nicht leben können. Ihnen, aber auch denen mit durchschnittlichen Einkommen, wird tagtäglich gesagt, dass sie bitte nur mit einer Zukunft rechnen dürften, in der es nicht besser werde, sie sollten länger arbeiten und weniger Rente bekommen. Und diejenigen, die meinten, mit Sparen dem vorbeugen zu können, verlieren ihr Ersparnis, weil die Inflationsrate über dem Zinssatz liegt.

Nun könnte man denken, infolgedessen wird die Regierung zum Teufel gejagt? Mitnichten! Umfragen und Wahlergebnisse bestätigen Bundes- und Landesregierungen. Die Kritik an den Verhältnissen im Land ist da, doch die Angst, dass sich diese Verhältnisse ändern könnten, scheint größer. Zudem haben sich viele Menschen abgewendet, sie gehen nicht mehr wählen, nehmen Wahlen als Ausgangspunkt für Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse nicht mehr wahr. Andere wählen noch, versuchen mit ihrer Stimme zu protestieren. Als Kristallisationspunkt des Protestes bot sich die AfD mit ihren schlichten Antworten, Ressentiments und Vorurteilen an. Es ist einfacher, im Euro, dem Nachbarn, dem Flüchtling, dem, dem es noch schlechter geht, einen Schuldigen zu suchen, als gesellschaftliche Strukturen (deren Teil man ja auch selbst ist) zu ändern.

Andere gingen und gehen auf die Straße.

Fortsetzung auf Seite -4-

Wo stehst du? Stehst du da, wo man Fremden nichts gönnt, voller Sorge, selbst zu kurz zu kommen? Oder stehst du bei uns, machst mit im Kampf gegen die Ungerechtigkeiten hier im Land? **Dafür brauchen wir dich.**

Du musst dich entscheiden!

DIE LINKE.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 17.12.2014

Vor Weihnachten haben wir viele Wünsche!

Zur letzten Stadtratssitzung wurden tatsächlich einige „Wünsche“ unserer Fraktion wahr. Aber der Reihe nach!

Der Haushalt der Stadt Halle (Saale), die Schulentwicklungsplanung, die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH, das Leitbild Riebeckplatz, der Ausbau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, - das alles waren Themen, die zu beraten waren! Der Haushalt der Stadt Halle (Saale) wurde bestätigt! Und unsere Fraktion stimmte zu. Diese Zustimmung wurde uns möglich, weil der Finanzausschuss einem „Änderungspaket“ einstimmig zugestimmt hat, welches einen großen Teil der Änderungsanträge der Fraktionen beinhaltet. Diesem Antrag folgte übrigens auch eine Mehrheit des Stadtrates. Bodo Meerheim hob in seiner Haushaltsrede hervor, dass „das Defizit von 40 Millionen Euro im Finanzplan kritikwürdig sei. Angesichts dessen sei die schwarze Null im Ergebnisplan Makulatur“. Er kritisierte, dass die geforderten Abführungen der GWG und HWG (der halleischen Wohnungsgesellschaften) in Millionenhöhe Abführungen an die Stadt leisten müssen. Positiv hob er hervor, dass es erstmals seit langer Zeit gelungen sei, den Ansatz der Gelder für Jugendarbeit zu erhöhen und auch der Zoo bekommt 400.000 Euro mehr als ursprünglich geplant. Diese „Finanzspritze“ ist unbedingt notwendig, weil dringend Instandhaltungsmaßnahmen notwendig sind und – so Bodo „auch eine Lohnerhöhung hätten sich die Zoomitarbeiter seit Jahren des Verzichts verdient“.

Alle anderen Fraktionsvorsitzenden nutzten die Haushaltsreden selbstverständlich auch dazu, ihre Prioritäten im Haushalt, ihre Änderungen und Kritiken darzustellen.

Herr Geier, Finanzdezernent, ging im Anschluss der Diskussion noch einmal auf alle Redebeiträge und damit auch auf Anregungen und Kritiken ein. Er unterstrich, dass er im kommenden Jahr wieder mehr auf die BürgerInnen eingehen möchte, um das Thema „Bürgerhaushalt“ zu intensivieren. Er bedankte sich bei den Fraktionen für den gefundenen Kompromiss,

mit dem es gelungen sei, den Haushalt zu beschließen und damit auch das Geld für die Vereine etc. fließen zu lassen.

Mit Mehrheit wurde die Vorlage „Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH – Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung“ beschlossen. Hier geht es vor allem um die Ausrichtung und die Aufgabenbereiche. Die Stadt als Hauptgesellschafter möchte so z.B. die Wissenschafts- und Tourismusmarketingaktivitäten in den Fokus rücken.

Vom 9. bis 11. Juni 2015 findet in Dresden die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages statt. Für unsere Fraktion wird Manuela Plath fahren und uns sicher viele neue Erfahrungen und Ideen mitbringen.

Beschlossen – ohne Diskussionen – wurden die Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis und auch die überplanmäßigen Aufwendungen für das Jahr 2014. Dahinter verbergen sich sogenannte „Pflichtausgaben“ für die Hilfen zum Lebensunterhalt und für Kosten der „Hilfe zur Erziehung“.

Richtig interessant wurde es bei der Abstimmung zur Vorlage „Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltestelle Rosengarten“. Es geht darum, dass die Merseburger Straße im Bereich Rosengarten vierspurig bleiben soll. Dadurch ist aber ein breiterer Brückenneubau durch die Stadt Halle nötig. Es muss also neu geplant werden. Und es wird teuer!! Es geht um fast 4 Millionen Euro! Ein Teil soll aus Fördermitteltöpfen kommen, dennoch bleibt ein „riesiger Berg“ an Geld, den die Stadt Halle ausgeben müsste. Bodo Meerheim argumentierte, dass das Geld besser im Schulneubau angelegt sei. Er appellierte deshalb an die Vernunft der Stadträte. In der Diskussion wurde deutlich, dass es im Stadtrat sehr unterschiedliche Argumentationen zur Verkehrspolitik in der Stadt Halle (Saale) gibt! Mit 24 Ja- und 28 Nein-Stimmen wurde diese Vorlage abgelehnt. Ein „Wunsch“ ging in Erfüllung, denn wir wollen den vierspurigen Ausbau nicht aus besagten Gründen. Im Januar muss nun u.E. noch der Grundsatzbeschluss zum vierspurigen Ausbau aufgehoben werden!

Das „Leitbild Riebeckplatz“ wurde nach kurzer Diskussion verschoben.

Auch unsere Fraktion hatte im Planungsausschuss Kritik geäußert am Entwurf. Derzeit wurde der Bau von vier neuen Hochhäusern vorgeschlagen und die Planung eines Kongresszentrums. Insgesamt scheint es noch nicht ausgewogen und soll im „neuen“ Stadtentwicklungsausschuss beraten werden.

Folgerichtig wurde auch der Bebauungsplan für ein neues Verwaltungsgebäude am Riebeckplatz gestoppt. Die Vorlage wurde auch verfragt.

Auch zur Vorlage „Schulentwicklungsplanung“ gab es nach vielen Sitzungen des Bildungsausschusses einen Kompromiss. Er beinhaltet, dass das neue Gymnasium am Hallmarkt eingerichtet wird und nicht, wie ursprünglich geplant, in der Rigaer Straße. Es gab viele Proteste von Eltern. Hendrik Lange sprach in der Diskussion für unsere Fraktion und hob hervor, dass es gut sei, eine weitere IGS (Integrierte Gesamtschule) einzurichten. Seit Jahren sei die bisherige IGS überlastet und Eltern, die ihre Kinder dort anmelden

wollten, hätten jetzt eine Chance! Er betonte, dass ebenfalls ein weiteres wichtiges Signal nach außen gesandt wurde: „Jeder Schüler, der an ein kommunales Gymnasium gehen will, kann das auch tun“. Die KGS Humboldt bekommt ebenfalls einen weiteren Gymnasialzug.

Noch im Bildungsausschuss hatte die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, keine zweite IGS zu errichten. Im Stadtrat wurde dieser Antrag zurückgezogen. Ein weiterer „Wunsch“ ging in Erfüllung – die Schulentwicklungsplanung wurde bestätigt.

Unser Antrag zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzeptes wurde bestätigt; im April 2015 soll es dem Stadtrat vorgelegt werden.

Ein wenig überraschend, (aber in unserem Sinne) wurde im nichtöffentlichen Teil dem Verkauf kommunaler Grundstücke (hier geht es um Grundstücke am Hufeisensee) nicht zugestimmt. Die deutliche Ablehnung war durch die Vorberatungen in den Ausschüssen noch nicht erkennbar gewesen.

Ute Haupt, Stadträtin



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Januar Geburtstag haben.**



Beschluss der ersten Tagung des 8. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE.Halle (Saale):

Ab dem Jahr 2015 erscheint das Linke Blatt nur noch einmal monatlich.

Das Erscheinungsdatum soll in der Woche nach der turnusmäßigen Beratung des Stadtvorstandes mit den VertreterInnen der Basisorganisationen/Ortsverbänden liegen, um Anregungen und Termine aktuell mit aufnehmen zu können.

Daraus ergeben sich für das 1. Halbjahr 2015 folgende Termine

Linkes Blatt	Redaktionsschluss	Erscheinungstermin	Bemerkung
02/15	05.02.2015	10.02.2015	
03/15	05.03.2015	10.03.2015	
04/15	09.04.2015	14.04.2015	Wg. Ostern 1 Woche verschoben
05/15	07.05.2015	12.05.2015	

„Das wird man doch noch sagen dürfen“

Fortsetzung von Seite -1-

Es begann mit den „Montagsdemonstrationen“, deren diffuse Antworten - nach denen mit Esoterik, Joga, Händchenhalten und Vitaminpillen dem Elend der Welt beizukommen sei – manchem Beobachter eher ein Schmunzeln ins Gesicht trieb. Dennoch war es auch ernst, denn dort tauchten erstmals Kreide fressende Faschisten auf, die erklärten, es gäbe kein links oder rechts mehr, sondern nur noch... . Querfront oder Friedenswinter nannte man es und auch so mancher LINKE glaubt und glaubte daran. Doch hörte man genauer hin, hörte man schon die Suche nach dem Schuldigen, dem Einen (beliebig einsetzbar), ohne den alles besser sei. Einen Schuldigen fand man auf anderen Demonstrationen in Rumänien, die in die Silberhöhe gezogen waren. Bundesweit konnte man beobachten, dass dort, wo sie hinzogen auch die Rechten auftauchten, um Ängste zu schüren, auf vorhandenen Vorurteilen aufbauend.

Pegida, Magida und vielleicht auch bald Hagida demonstrieren durch Deutschlands Städte. „Ängste und Sorgen, die man ernst nehmen müsste“ nennen konservative Politiker den dort skandierten Alltagsrassismus, die Ablehnung alles Fremden. Es zeigt, wie tief Vorurteile und die Suche nach dem einen Schuldigen in unsere Gesellschaft hineinragen. Sie sind die Projektionsfläche für eine neue Rechte, die sich hier zu etablieren sucht, nicht in Springerstiefeln, aber nicht minder gefährlich.

Diese Positionen abzulehnen, uns mit Flüchtlingen, die als vermeintlich Schuldige herhalten müssen zu solidarisieren, ist Aufgabe der LINKEN. Darüber hinaus müssen wir aber auch unsere gesellschaftlichen Antworten deutlicher machen. Wir müssen eine klarere Sprache finden, welche die kapitalistischen Verhältnisse und die neoliberale Ideologie als Ursache für die zunehmende Verunsicherung benennt. Konzepte zu deren Überwindung müssen entwickelt und als machbarer Weg kenntlich gemacht werden. Zugleich müssen wir fortfahren für das hier, jetzt und heute Politik zu machen, auch das erwarten Menschen von uns, wie das Thüringer Wahlergebnis zeigt. Das Eine tun und das Andere nicht lassen.

Das ist unsere Aufgabe auch hier in Halle. Als LINKE erkennbar sein. Denn eines hat das Jahr 2014 auch gezeigt, es gibt Menschen, die gegen die Verhältnisse

auf die Straße gehen – Student_Innen und Kulturschaffende, die gegen die Kürzungen der Landesregierung protestieren – Bürgerinnen und Bürger die sich den rassistischen Demonstrationen in Überzahl entgegenstellen. Auch die Wahlen 2014 waren in Halle ein ermutigendes Zeichen. Haben wir auch bei der Europawahl Stimmenanteile verloren, so waren diese im Bundesvergleich gering und bei der Stadtratswahl konnten wir sogar zulegen. Das heißt, dort wo man DIE LINKE kennt, wo sie ein Gesicht hat, vertrauen Menschen ihr auch. Neue Mitglieder, darunter viele sehr junge Menschen, haben 2014 zu unserer Partei gefunden. All das sollte uns für 2015 ermutigen, uns einzumischen und Position zu beziehen. Zeigen wir uns als LINKE, kommen wir mit den Menschen ins Gespräch. Zum Beispiel bei unserem alternativen Neujahrsempfang, bei der Kampagne gegen prekäre Lebens- und Beschäftigungsbedingungen, an Infoständen bei Bürger-, Stadtteil- oder Vereinsfesten und bei Demonstrationen. Dann gibt es zum Pessimismus keinen Anlass, dafür gibt es auch zu viel zu tun.

Indiesem Sinne wünsche ich uns ein erfolgreiches Jahr 2015 und allen Mitgliedern unseres Stadtverbandes und den Lesern des Linken Blattes viel Kraft und Gesundheit.

Der Ortsverband Süd trauert um

Genossin Irmgard Niegisch

05.02. 1930 - 31.12.2014

In ehrendem Gedenken

Genosse Prof. Dr. Günter Trepte

25.02. 1938 - 30.12.2014

ehem. Mitglied des Landtages
Sachsen-Anhalt
und finanzpolitischer Sprecher
der PDS-Fraktion

Erinnerung an Wilhelm Pieck

Viele werden sich noch an den ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, erinnern. Und sei es nur, weil in Halle-Neustadt die 14. Polytechnische Oberschule seinen Namen trug. Aber auch an vielen anderen Stellen im sozialistischen In- und Ausland wurde der Name Wilhelm Piecks gewürdigt.

Wilhelm Pieck wurde am 3. Januar 1876 in der Stadt Guben unweit Cottbus im heutigen polnischen Teil der Stadt geboren. Nach einer Tischlerlehre engagierte er sich schon zeitig in der KPD, der 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er ab Oktober 1949 Präsident der DDR. Nach seinem Tod am 7. September 1960 richtete man ab 1962 in dem Haus, in dem Wilhelm Pieck seine Kindheit und Jugend verbracht hatte, ein kleines Museum ein. Dieses Museum bestand bis Anfang der 90er Jahre. An dem Haus in der ulica



Rozana in Gubin erinnert bis heute ein Relief daran, dass hier einstmal Wilhelm Pieck wohnte.

Das Haus in der ulica Rozana ist etwa 30 Gehminuten vom DB-Bahnhof Guben entfernt.

Frank-Torsten Böger

„Wohin führt der Weg Kubas?“

Kuba steht nicht erst seit heute vor enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf der Insel, die neuen ökonomischen Partner oder die stärker gewordene Position innerhalb Lateinamerikas – wer das wirklich Interessante über Kuba erfahren will, hat es gewöhnlich nicht leicht, denn in vielen hiesigen Medien ist kaum Platz für positive Meldungen, oft werden Vorurteile gefestigt,

wichtige Zusammenhänge verschwiegen oder Halbwahrheiten präsentiert. Doch: Wie sieht der Sozialismus Kubas im 21. Jahrhundert aus? Und wo steht Kuba in Lateinamerika und international?

Deshalb bietet die AG Cuba Sí unter dem Titel „Wohin führt der Weg Kubas?“ Vortrag und Diskussion über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landes an.

Der Vortrag, illustriert durch zahlreiche Fotos, Bei-

Zahlen, Fakten, Fotos

Wer etwas über die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba erfahren will, hat es schwer: Die dominierenden Medien präsentieren uns einen Mix aus Lügen und Halbwahrheiten und verschweigen wichtige Informationen und Zusammenhänge. Sie beschuldigen die sozialistische Insel der Verletzung von Menschenrechten und hofieren die sogenannten Dissidenten. Diese Art Berichterstattung lässt zudem wenig Platz für positive Meldungen.

Cuba Sí bietet deshalb **Vorträge zum Thema Kuba** an. Mit aktuellen Zahlen, Fakten und Fotos wollen wir ein realistisches Bild über das Land vermitteln. Unsere Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen. Wir freuen uns auf Euer Interesse. Ladet uns ein!

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, 24 009-456
Fax: (030) 24 009-409
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Cuba Sí

AG in der Partei DIE LINKE

spiele, Zahlen und Fakten, bietet einen Eindruck der Veränderungen und Perspektivwechsel in der Gesellschaft, Wirtschafts- und Staatsführung, der mit großen Erwartungen, nicht nur bei den Kubanerinnen und Kubanern, verbunden ist. Im Vortrag soll ein realistisches Bild des Landes vermittelt werden. Die Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen.

Das Angebot ist kostenlos. Bei Interesse wendet Euch bitte an Cuba Sí in Berlin, Tel. 030 2400 9455 bzw. berlin@cuba-si.org



Katrin Rohnstock (Hrsg.)

Mein letzter Arbeitstag

Abgewickelt nach 89/90.
Ostdeutsche Lebensläufe



ROHNSTOCK
BIOGRAFIEN



In der offiziellen Geschichtsbetrachtung zum Fall der Mauer vor 25 Jahren spielen die Prozesse um den millionenfachen Verlust von Arbeitsplätzen im Osten Deutschlands kaum eine Rolle. Möglichst wenig soll das Bild von der „friedlichen Revolution“ trüben. Die Herausgeberin Katrin Rohnstock veröffentlichte 29 Schilderungen von Zeitzeugen über deren materielle und emotionale Situation beim Verlust des Arbeitsplatzes, dem plötzlich einsetzenden erbitterten Konkurrenzkampf um eine verbleibende Stelle sowie Illusionen aus dieser Zeit über Reisefreiheit und D-Mark, die wie Seifenblasen zerplatzten.

Buchlesung mit einer der AutorInnen
Claudia Rößgen

im Linken Laden, Leitergasse 4,
am Donnerstag, dem 26.02.2015,
18 Uhr

gemeinsame Veranstaltung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt
e.V. und des Verlags edition berolina

**21.01.2015, 17 Uhr, Linker Laden,
Leitergasse 4**

Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen

In der Diskussion verständigen wir uns zur Spaltung der Gesellschaft, die sich einmal zeigt in Weltoffenheit und Willkommenskultur und andererseits in Fremdenfeindlichkeit und Abschottung gegenüber von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Senioren-Cafe'

**am 28. Januar, 14:30 Uhr im Linken
Laden Leitergasse 4:**

Die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis stellt sich vor

Vorschau Februar 2015

09.02.15, 11 Uhr, Eingang Südfriedhof:

Gedenken an Karl Meseberg
(11.02.1981 – 13.03.1919) dem Mitglied des
Arbeiter- und Soldatenrates während der
Novemberrevolution 1918

**18.02.15, 17 Uhr, Linker Laden,
Leitergasse 4**

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen
diskutiert zu den Gefahren des Rechtspopulismus

10 Jahre Hartz IV

Daten und Fakten zu einer traurigen Bilanz

Am 1. Januar 2005 ist Hartz IV in Kraft getreten. Mit Hartz IV - der Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) - wurde als zentrale Maßnahme die Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Parallel wurde im Rahmen der Hartz-Reformen die Leistungsdauer für das Arbeitslosengeld massiv verkürzt. Die Sicherung gegen das soziale Risiko Erwerbslosigkeit wurde weitgehend an die nunmehr in Arbeitslosengeld II umbenannte Fürsorge delegiert. Fürsorge bedeutet: weniger als das Existenzminimum statt Lebensstandardsicherung, Bedarfsgemeinschaft und Bedürftigkeitsprüfung statt individueller Ansprüche, sukzessive Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung und damit garantierte Altersarmut, „Ein-Euro-Jobs“ und kurzfristige Maßnahmen statt Öffentlicher Beschäftigung und nachhaltiger Ausbildung und Qualifizierung sowie verschärfte Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen. Armut, Ausgrenzung und ein Sonderrechtssystem sind die Kennzeichen der Hartz-IV-Reform. Für mehr als 6 Millionen Menschen ist aktuell das Fürsorgesystem Hartz IV die zentrale Institution zur sozialen Sicherung.

(Zum Hintergrund und Gehalt der Hartz-IV-Reform: Christoph Butterwegge: Hartz IV und die Folgen.

Auf dem Weg in eine andere Republik?

Weinheim/Basel 2014)

Seitdem sind 10 Jahre vergangen. Zeit für eine kritische Bilanz. Die Hartz-Reformen sollten nach dem Willen ihrer Erfinder u.a. die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen, die Vermittlungskapazitäten der öffentlichen Arbeitsverwaltung stärken und eine ausreichende materielle Sicherung gewährleisten.

DIE LINKE sagt: Hartz IV war vor allem ein massiver sozialer Einschnitt mit weitreichenden Folgen für die Struktur des Sozialstaats (Fürsorge als dominantes Prinzip zur Sicherung gegen Erwerbslosigkeit) und die Betroffenen (v.a. Entrechtung, Entzug sozialer Sicherung). Der soziale Absturz in die Armut ist mit Hartz IV gewollt und vorprogrammiert. Die Vermittlungskapazitäten und -erfolge der öffentlichen Arbeitsverwaltung sind nicht verbessert worden, allerdings sind der Druck auf die Betroffenen drastisch erhöht und die Sanktionsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet worden. Eine Bilanz in Daten und Fakten zu drei Aspekten: Hartz IV und Armut, Auswirkungen von Hartz IV auf den Arbeitsmarkt, Bessere Vermittlung und Arbeits-

förderung durch Hartz IV?

Hartz IV und Armut

Von einer ausreichenden materiellen Sicherung bei Erwerbslosigkeit kann keine Rede sein - die ausreichende Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe ist nicht gegeben.

Arbeitslosengeld bekommt nur noch eine Minderheit der Erwerbslosen. Jede/r vierte neu Erwerbslose landet direkt im Hartz-IV-System. Die Regelleistungen bei Hartz IV sind politisch kleingerechnet worden, damit keine zusätzlichen Kosten und keine arbeitsmarktpolitischen „Fehlreize“ entstehen (In einer aktuellen Entscheidung dokumentiert das Bundesverfassungsgericht, wie die Leistungen kleingerechnet wurden. Das Bundesverfassungsgericht führt aus, dass beispielsweise bei Alleinstehenden 132 Euro der Konsumausgaben der Referenzgruppe als nicht regelsatzrelevant anerkannt wurden; damit wurden lediglich 75% der Konsumausgaben anerkannt. Das Bundesverfassungsgericht bewertet dieses Vorgehen wie folgt: „Wenn in diesem Umfang herausgerechnet wird, kommt der Gesetzgeber jedoch an die Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist“ (BVerfG, Beschluss vom 23. Juli 2014 - 1 BvL 10/12, Rn. 121). Bei einer sachgerechten und vollständigen Anwendung des sog. Statistikmodells hätte der Regelbedarf bei mindestens 500 Euro liegen müssen.

Hartz IV ist nicht armutsfest.

Der Regelsatz liegt ab dem 1. Januar 2015 bei 399 Euro für eine erwachsene alleinlebende Person. Die zusätzlich gewährten Kosten der Unterkunft und Heizung sind örtlich verschieden. In Berlin liegen derzeit die für einen Ein-Personenhaushalt durchschnittlich anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung bei etwa 380 Euro. Die Leistungen (780 Euro) liegen damit deutlich unter der Armutsrisikogrenze. Nach den jüngsten verfügbaren Angaben der EU SILC (Einkommensjahr 2012) und des Sozioökonomischen Panels (Einkommensjahr 2011) liegt die Armutsrisikogrenze deutlich höher, bei etwa 1.000 Euro. Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe lag die Armutsrisikogrenze bereits im Einkommensjahr 2008 bei 1063 Euro. Im Jahr 2014 wäre das Mittel dieser verschiedenen Armutsrisikogrenzen über 1.050 Euro (netto).

Die Armutsquote unter Erwerbslosen ist massiv angestiegen. Nach den Angaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) waren 2008 fast drei Viertel aller Erwerbslosen als arm einzustufen 2003 war es noch etwa die Hälfte der Erwerbslosen. Besonders dramatisch: Armut verfestigt sich. Der Sozialstaat in Deutschland wurde also durch die Reformen nicht wie angekündigt zu einem „Trampolin“, sondern zu einer Sackgasse. Wer einmal arm ist, wird abgehängt.

Die Zahl der Sanktionen stieg seit Einführung von Hartz IV deutlich an - insbesondere bei den jungen Menschen bis 25 Jahre. Rund 3,5 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und etwa 5 % der unter 25-Jährigen wurden im Jahresdurchschnitt 2013 Opfer einer Sanktion im Hartz-IV-System (Bundesagentur für Arbeit, Statistik). Ein erheblicher Teil der Widersprüche (37,6 %) und Klagen (43,9 %) gegen Sanktionen sind erfolgreich. (Quelle: Bundestag Drucksache 17/9335 und 18/27).

Die unzureichenden Teilhabechancen durch Hartz IV manifestieren sich auch im Gesundheitszustand. Mehr als 40 Prozent der Hartz-IV-Beziehenden weisen nach eigener Einschätzung schwerwiegende gesundheitliche Einschränkungen auf. Der schlechte Gesundheitszustand begründet sich dabei vor allem durch die soziale Situation selbst und kann nur zu einem kleinen Teil durch gesundheitsbezogenes Verhalten erklärt werden (IAB Kurzbericht 23/2014).

Arbeitsmarkt und Hartz IV

In zeitlicher Perspektive ist nach der Einführung der Hartz-Reformen zwar die Anzahl der Erwerbstätigen angestiegen und die offizielle Zahl der Erwerbslosen gesunken. Mehr Beschäftigung wurde aber nicht geschaffen. Das Gesamtvolumen der Arbeitsstunden ist im Vergleich zum Jahr 2000 nahezu konstant geblieben:

Das Arbeitsvolumen im Jahr 2011 war fast identisch mit dem von 2000 (57.922 Mio. Arbeitsstunden in 2000 / 57.887 Mio. in 2011). Im Jahr 2000 lag die Zahl der Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalenten bei 32,8 Millionen, im Jahr 2011 nur noch bei 32,7 Millionen. Das Arbeitsvolumen wurde lediglich umverteilt auf mehr Erwerbstätige. (Quelle: Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE bei der Bundesagentur für Arbeit/beim Institut für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung).

Gewachsen ist dagegen der Niedriglohnsektor.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten ist von 20,6 Prozent im Jahr 2000 auf 23,1 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. In absoluten Zahlen ist dies ein Anstieg von 6,63 Millionen auf 7,92 Millionen Menschen. Es gibt rund 1,3 Millionen mehr Beschäftigte, die mit einem niedrigen Lohn abgespeist werden. Deutschland hat mittlerweile den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa. (Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation, IAQ-Report, 2012-01)

1,3 Mio. Menschen beantragen trotz Erwerbsarbeit zusätzlich Hartz-IV-Leistungen, um ihre Existenz zu sichern. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik)

Die Zahl der Leiharbeitskräfte hat sich seit 2003 (Hartz I zum 1. Januar 2003) von 327.000 auf mehr als 900.000 in 2012 nahezu verdreifacht

(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeitnehmer und Verleihbetriebe - Zeitreihe ab 1973).

Bei rund 75 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern liegt das Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle.

(Stichtag: 31. Dezember 2010, Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 17/10432, Frage 12)

Soweit nach 2005 beschäftigungspolitische Zuwächse zu verzeichnen sind, sind diese auf die gute Konjunktur in Deutschland und Maßnahmen der betriebsinternen Flexibilität zur Abfederung der Finanzmarktkrise 2008/09 zurückzuführen und nicht auf die arbeitsmarktpolitischen Strukturreformen. (Quellen: Christoph Butterwegge: Hartz IV und die Folgen, Auf dem Weg in eine andere Republik?, Weinheim/Basel 2014; Klaus Dörre: Das deutsche Jobwunder, Vorbild für Europa? Brüssel 2014; Klaus Dörre u.a.: Bewährungsproben für die Unterschicht. Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt a.M./New York 2013; Matthias Knuth: Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt. Strukturreformen und „Beschäftigungswunder“, Berlin 2014)

Die Reallöhne in Deutschland sanken im Gesamtverlauf des ersten Jahrzehnts nach der Jahrtausendwende. Gab es zwischen 2000 und 2005 noch einen leichten Anstieg, so ist der mittlere kaufkraftbereinigte Stundenlohn zwischen 2005 und 2010 um 4,8 Pro-

zent gesunken. Die stärksten Verluste mussten mit über 10 Prozent die untersten Einkommensgruppen hinnehmen.

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/2011)

Die Lohnquote, also der Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen lag im Jahr 2011 um rund 5 Prozentpunkte unterhalb der Lohnquote im Jahr 2000. Bei einem Volkseinkommen von fast 2 Billionen Euro heute entsprechen 5 Prozentpunkte etwa 100 Milliarden Euro, die in den Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fehlen. Mehr Erwerbstätige teilen sich einen kleineren Anteil am Volkseinkommen.

(Quelle: Ausschussdrucksache Arbeit und Soziales 17(11)734)

Bessere Vermittlung und Arbeitsförderung durch Hartz IV?

Durch das Hartz-IV-System werden Erwerbslose nicht schneller in Erwerbsarbeit vermittelt. Fast 80% aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind nach offiziellen Angaben der Bundesagentur für Arbeit länger als ein Jahr im Leistungsbezug. Fast die Hälfte aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist bereits länger als 4 Jahre im SGB-II-Leistungsbezug. Die Ergebnisse unter Hartz IV haben sich gegenüber den so heftig kritisierten Vorgängersystemen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verschlechtert statt verbessert. Der Abgang in Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die Ausnahme. Von einer nachhaltigen Integration ist nichts zu spüren. Vielmehr ist ein Drehtüreffekt zu erkennen. Die Hälfte aller Neuzugänge ins Hartz-IV-System war bereits im Vorjahr hilfebedürftig. Ein Viertel aller Abgänge kehrt bereits nach drei Monaten wieder in den Leistungsbezug zurück. Dieses schlechte Ergebnis hängt mit dem finanziellen Kahlschlag bei der Arbeitsförderung und der Konzentration auf schnelle Vermittlung sowie kurzfristig ausgerichteten, billigen Maßnahmen statt Vermittlung in gute Arbeit und nachhaltigen Qualifikationen zusammen.

Gregor Gysi: Erfolg für DIE LINKE – kein Freibrief für die EZB

Zur Stellungnahme des Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof in Bezug auf das OMT-Ankaufprogramm durch die EZB, wogegen u. a. DIE LINKE im Bundestag vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt hatte, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

„Schon das Bundesverfassungsgericht und nun auch der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof haben erhebliche Bedenken gegen den Umgang mit OMT geäußert. Dabei geht es um den Ankauf von Staatsanleihen der gefährdeten Staaten Griechenland u. a. auf dem Sekundärmarkt durch die EZB. Auch der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass die EZB im Falle eines solchen Ankaufs nicht gleichzeitig Kontrolleurin der Einhaltung von Bedingungen durch die Staaten sein darf. Das aber bedeutet, dass die EZB aus der Troika ausscheiden müsste. Die Mehrheit des Bundestages aus Union, SPD und Grünen hat immer als Bedingung für die sogenannten Rettungspakete festgelegt, dass die EZB unbedingt Kontrolleurin im Rahmen der Troika sein müsse. Nur durch eine solche öffentliche Bank sei die Kontrolle überhaupt gewährleistet. Der Generalanwalt meint wie wir, dass die EZB nicht Käuferin und Kontrolleurin zugleich sein könne. Was macht aber der Bundestag, wenn seine Bedingung als rechtswidrig aufgehoben wird?

Ein weiterer Erfolg der Klage der LINKEN besteht darin, dass das OMT-Programm bisher nur in einer Presseerklärung bekannt gegeben wurde.

Auch der Generalanwalt meint, dass ein festes, rechtsstaatlich überprüfbares Regularium erforderlich ist.

Nun will aber Herr Draghi am 22. Januar ein noch größeres Ankaufgeschäft vollziehen, ohne dass es auch nur die Andeutung eines Rechtsaktes gibt. Das geht nun überhaupt nicht mehr.

Letztlich ist auch ein Erfolg, dass entgegen der Meinung der Bundesregierung u. a. der Generalanwalt wie wir der Meinung ist, dass Akten der EZB gerichtlich überprüfbar sind, also nicht der Rechtsordnung entzogen werden können.

Natürlich muss noch das Urteil des EuGH abgewartet werden, aber die Bundesregierung sollte jetzt schon beginnen, die rechtsstaatswidrigen Momente zu korrigieren.

Das hätte sie sich übrigens ersparen können, wenn sie gleich auf DIE LINKE gehört hätte.“

Sterben als Chance 2015

Wer seine Arbeitskraft verkaufen muss, bekommt am 16. und 17. Januar 2015 wieder eine Chance. Alle Jahre wieder, das gilt nicht nur für das Laternenfest, sondern auch für die Bildungs-, Job- und Gründermesse „Chance 2015“. Die Bundeswehr wird sich wieder präsentieren und für das Sterben werben.

„Aufgrund der Tatsache, dass Schüler*innen zur Zielgruppe der „Chance 2015“ gehören, sollte die Bundeswehr auf dieser Messe kein Podium erhalten“, sagt der Stadtrat und Linksjugend-Mitglied Marcel Kieslich (DIE LINKE./Die PARTEI).¹

Eine Lücke im Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention erlaubt es den Vertragsstaaten, auch Freiwillige unter 18 Jahren einzuziehen (Art. 3 Abs. 3 Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten). Von dieser Praxis macht Deutschland Gebrauch und lässt bereits 17-Jähige beim Bund antreten.² Logisch, dass die Bundesregierung dieses Vorgehen im Einklang mit geltendem Recht sieht.³

„Jedes Kind hat ein Recht, in Frieden aufzuwachsen und in diesem Sinne erzogen zu werden“, erklärt Marcel Kieslich und ergänzt: „Bundes- als auch Landesregierung sollten vielmehr den Bildungsauftrag aus Art. 29 Abs. 1 lit. d UN-Kinderrechtskonvention erfüllen und Vereine, die sich dem Frieden verpflichtet fühlen, stärken.“⁴

Der Vorstoß von Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD), ein Werbeverbot für die Bundeswehr an Schulen zu erlassen, geht in die richtige Richtung.⁵

Leider ist der Minister eingeknickt und schwächt das Papier ab.⁶

Andie Adresse von dem Bundestagtagsabgeordneten Tino Sorge (CDU) sei gerichtet, die Bundeswehr müsste ihren Rücken bei Hochwasser nicht krumm machen, wenn zivile Katastrophenkräfte wie das Technische Hilfswerk (THW) eine stärkere Anerkennung erfahren würden.⁷

„Kein Werben fürs Sterben“, wird auch 2015 für die linksjugend [solid] Halle an der Saale eine zentrale Forderung bleiben! Deswegen sollte die Bundeswehr auch auf öffentlichen Plätzen (z. B. Laternenfest) und in Räumen (z. B. Schulen) der Stadt Halle (Saale) kein Podium erhalten. In diesem Sinne: „Bundeswehr weggetreten!“

¹ www.chance-halle.de/messe/besucherzielgruppen/

² www.taz.de/!131669/

³ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/003/1800337.pdf>

⁴ www.linksfraktion.de/reden/25-jahre-un-kinderrechtskonvention-krieg-bleibt-groesste-leid-kinder-jugendliche/

⁵ www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1388311_Minister-erlaesst-Werbe-Verbot-fuer-Bundeswehr.html

⁶ MZ vom 17.12.2014, S. 3

⁷ www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1390229_Dorgerlohs-Kurs-bei-Bundeswehr-veraergert-SPD.html

Liebe MitstreiterInnen in der LAG Asyl & Migration,

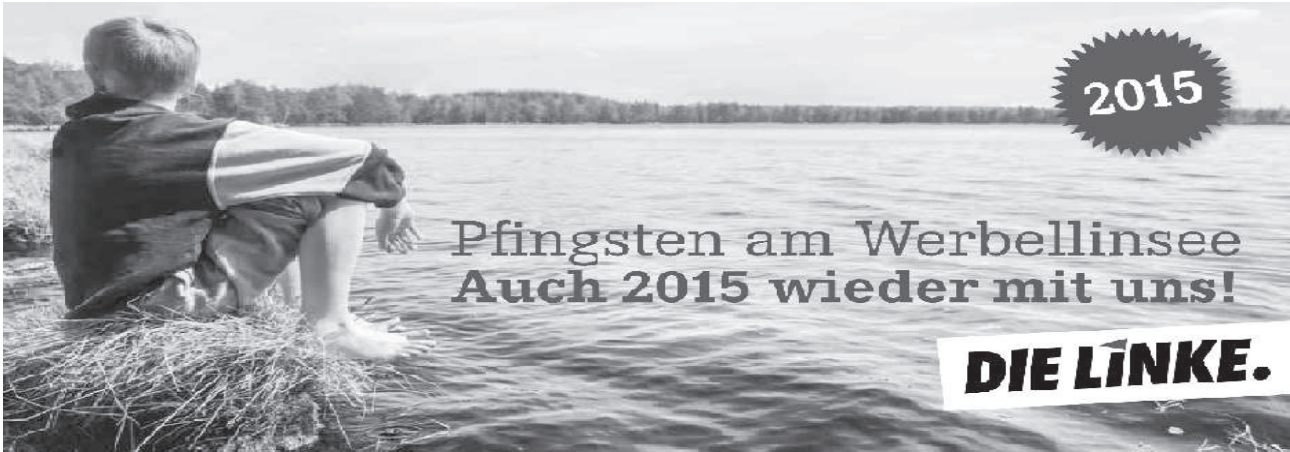
wie mit Henriette Quade abgesprochen lade ich Euch hiermit zu unserem ZWEITEN TREFFEN der LAG Asyl & Migration der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein. Dieses zweite Treffen findet statt **am Samstag, dem 31.01.2015, 10 Uhr, Dessau-Roßlau, Regionalgeschäftsstelle, Karlstraße 5.**

Als Tagesordnung schlage ich - vorläufig - wie folgt vor:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die TO/Protokollkontrolle
3. Informationen aus den KVen/Sven zum Thema Asyl
4. Diskussion und Beschlussfassung über den Arbeitsplan/Arbeitsvorhaben der LAG bis zur Landtagswahl 2016
5. Diskussion und Beschlussfassung über formale Struktur und Anerkennung der LAG
6. Sonstiges

antirassistische Grüße

Jörg Schindler, stv. Landesvorsitzender



2015

Pfingsten am Werbellinsee
Auch 2015 wieder mit uns!

DIE LINKE.

Das Wochenende

für alte und neue Mitglieder, Allwissende und Neugierige, für Klein- und Großfamilien...

Aktuelle Infos zum Programm ab März 2015 unter www.die-linke.de

23. Pfingsten mit der LINKEN vom 22. Mai bis 25. Mai 2015 in der Europäischen Jugendholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen

Versorgung: - Halbpension
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

Bitte meldet Euch bei den jeweiligen Landesvorständen verbindlich an! Anmeldungen aus den West-Landesverbänden bitte an den Landesvorstand Thüringen oder unter pfingsten-mit-der-linken@die-linke.de

Umseitige Anmeldekarte ausfüllen und an uns faxen oder senden.

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030 24009-289
andreas.faehrmann@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

DIE LINKE.
Landesvorstand MV
Martinstraße 1/1a
19053 Schwerin
Telefon: 0385 75874-54
info@die-linke-schwerin.de
www.die-linke-mv.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
Telefon: 0391 7324840
kontakt@dielinke-isa.de
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: 0331 20009-0
lothar.hoffmann@dielinke-brandenburg.de
www.dielinke-brandenburg.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Sachsen
Kleiststraße 10a
01129 Dresden
Telefon: 0351 85327-22
kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de

DIE LINKE.
Landesvorstand Thüringen
Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt
Telefon: 0361 60111-30
gtripler@die-linke-thueringen.de
rainer.juhsch@die-linke-hbn.de
www.die-linke-thueringen.de

23. Pfingsten mit der LINKEN vom 22. Mai bis 25. Mai 2015

Anmeldung für die Europäische Jugendholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee, 16244 Altenhof

Anreise: 22. Mai ab 15.00 Uhr

Abreise: 25. Mai bis 11.00 Uhr

Personenzahl gesamt	Kinder bis 3 Jahre	Kinder 4 -10 Jahre	Erwachsene
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Unsere Leistungen pro Person (inkl. 3 x Halbpension)

3 x Übernachtung im neuen Seminarhotel (1- und 2-Bett-Zimmer, gehobener Standard)	170,00 €	<input type="checkbox"/>
3 x Übernachtung in den Gästehäusern 7-12 (1- bis 3-Bett-Zimmer mit DU/WC)	150,00 €	<input type="checkbox"/>
3 x Übernachtung in den Bettenhäusern 1-6	100,00 €	<input type="checkbox"/>
3 x Übernachtung im renov. Bungalow	90,00 €	<input type="checkbox"/>
3 x Übernachtung im Wohnwagen	85,00 €	<input type="checkbox"/>
3 x Übernachtung im Zelt	70,00 €	<input type="checkbox"/>

Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr frei,
Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr 50% Ermäßigung.

Stornofreie Abmeldung bis 30. April 2015. Danach fallen Stornogebühren in Höhe von 50% des Teilnehmerbetrages an.

Name

Vorname

PLZ/Ort

Straße/Hausnummer

Telefon

E-Mail

Unterschrift